A13NEU ? Sicherheit - für jeden, ohne Ansehen der Person!

Gremium:	Schreibgruppe
Beschlussdatum:	11.03.2019
Tagesordnungspunkt:	1. Programmkapitel

Text

Das Thema Sicherheit beschäftigt viele BürgerInnen in Freiberg, da das Land Sachsen in den letzten Jahren massiv bei der Polizei gespart hat, was jetzt erst vor kurzer Zeit wieder durch die Landesregierung korrigiert wurde.

Dieser sichtbare Rückgang der Polizeipräsenz im Alltag hat, zusammen mit der fast zeitnahen erhöhten Präsenz von Zuwanderern und Geflüchteten, teilweise zu einem Gefühl der Verunsicherung in der Bevölkerung geführt. Da die Polizeistatistik jedoch keine signifikante Steigerung der Kriminalität ausweist, handelt es sich hierbei vorrangig um einen Rückgang der „gefühlten Sicherheit". Objektiv ist Freiberg nach wie vor eine Stadt mit geringer Kriminalität und seltenen gewalttätigen öffentlichen Zusammenstößen zwischen Personengruppen unterschiedlicher Herkunft oder Meinung. Wir wollen, dass das auch in Zukunft so bleibt.

Der Stadtordnungsdienst soll hier also eine Lücke schließen, die ohne diese überzogenen Einsparungen niemals entstanden wäre. Wir wollen lieber mehr voll ausgebildete Polizeipräsenz, da nur so das staatliche Gewaltmonopol dauerhaft und verantwortungsvoll aufrecht erhalten werden kann. Sobald das erreicht wurde, sollte das , durch einen entsprechend verkleinerten Stadtordnungsdienst, eingesparte Geld wieder für andere kommunale Aufgaben verwendet werden. Aus unserer Sicht ist bis dahin für eindeutige Transparenz bzgl. der Aufgaben und Befugnisse, gerade in Abgrenzung zur regulären Polizei, zu sorgen und ggf. sind auch die Einsatzschwerpunkte in diesem Zusammenhang nochmal neu zu überdenken.

Neben dem Stadtordnungsdienst hat die Stadtverwaltung auch die Videoüberwachung, insbesondere als Reaktion auf verstärkte Sachbeschädigungen an bestimmten Orten, in Freiberg eingeführt. Auch wenn dies unter Umständen sinnvoll sein kann, möchten wir hierzu eine klare Evaluierung von Kosten und Nutzen dieser Maßnahme erreichen.

Das Alkoholverbot im Albertpark wollen wir zurück nehmen. Es verringert kein Problem sondern verschiebt es nur.

<u>Gefährliche Orte</u>

Noch 2017 stufte die Polizei insgesamt 29 Orte in Freiberg als s.g. „Gefährliche Orte" ein, das war eine deutlich größere Zahl als in mancher bundesdeutschen Großstadt. In 2018 wurde die Anzahl der „Gefährlichen Orte" in Freiberg von der Polizei dann auf 5 gesenkt, was aus unserer Sicht auch wesentlich plausibler ist. Als direkte Folge dieser Einstufung kann die Polizei an diesen Orten zum Beispiel anlasslose und damit willkürliche Personenkontrollen durchführen, was einen klaren Eingriff in die Bürgerrechte darstellt.

Leider sind die Kriterien für diese Einstufung für außenstehende nicht nachvollziehbar, hier wollen wir zukünftig mehr Transparenz schaffen, auch um

einer scheinbar willkürlichen Stigmatisierung von bestimmten Adressen vorzubeugen.

Wir sind daher der Überzeugung, dass bei allen Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit immer eine sorgfältige Abwägung zwischen einem Eingriff in die Bürgerrechte und dem daraus objektiv entstehendem Nutzen für die Sicherheit erforderlich ist. Eine reine Verdrängung von Problembereichen in andere Stadtteile reicht nach unserer Meinung für die Einführung solcher Maßnahmen nicht aus und stellt auch keine Lösung dar.

Sicherheit auch Digital denken

Wie das Bekanntwerden der Voll-Überwachung des Internets durch Überwachungsprogramme der Geheimdienste zeigt, müssen die Anstrengungen verstärkt werden, die IT-Sicherheit im Netz zu erhöhen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt anonymisierte Kommunikation mit Einwohner*innen ermöglicht und fördert, sowie die End-zu-End-Verschlüsselung bei der Datenverarbeitung auch zwischen Behörden und Verwaltungsmitarbeiter*innen flächendeckend gewährleistet ist.